

Arbeitsmarktbericht Juli 2026

Stand Juli 2026



223.863

Arbeitslose



+3.428

Veränderung ggü. Vormonat



87.546

Arbeitslose



+2.105

Veränderung ggü. Vormonat



Der Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion hat im Juli deutlich an Schwung verloren. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in beiden Ländern spürbar an – in Berlin um 3.428, in Brandenburg um 2.105 Personen –, und auch saisonbereinigt war eine Zunahme zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in Berlin um 0,2 Prozentpunkte auf 10,4 Prozent, in Brandenburg um 0,1 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent. Neben dem frühen Ferienbeginn, der insbesondere die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen steigen lässt, erhöht das typische Befristungs- und Kündigungsdatum 30. Juni die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Erwerbstätigkeit.

Der Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg bleibt anhaltend schwach; positive Impulse aus der Wirtschaft fehlen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften zeigt sich insgesamt stabil. In Berlin nahm die Kräftenachfrage im Juli zu – getragen vom Einzelhandel und der konjunktursensiblen Arbeitnehmerüberlassung/Zeitarbeit, die sich nach einem Einbruch in den Vormonaten erholt –, im Vorjahresvergleich fällt sie mit 183 weniger gemeldeten Stellen jedoch schwächer aus. In Brandenburg ging die Nachfrage gegenüber dem Vormonat deutlich zurück; ursächlich ist die überdurchschnittlich hohe Stellenmeldung des Vormonats infolge der Neuansiedlung von CEVA Logistics in Frankfurt (Oder). Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Nachfrage stabil. Beschäftigungschancen bieten in Berlin vor allem Handel, öffentliche Verwaltung, Baugewerbe und Gesundheitswesen, in Brandenburg das Baugewerbe, der Handel, der Bereich

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Lager, das verarbeitende Gewerbe wie die Herstellung von Autos sowie der Gesundheitsbereich.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelt sich uneinheitlich: In Berlin stieg sie zum Vormonat um rund 1.800 Beschäftigte, in Brandenburg sank sie um etwa 700. In beiden Ländern liegt sie damit weiterhin leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Langzeitarbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau und liegt mit einem Zuwachs von 5.000 Personen (+4,9 Prozent) weiterhin deutlich über dem Vorjahr; ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit beträgt 34,2 Prozent.

Zu den Arbeitsmarkt-Daten in Berlin und Brandenburg im Juli 2026 erklärt UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp:

„Dass sich auf dem Arbeitsmarkt in der Sommerpause wenig tut, ist nicht überraschend. Dabei bräuchte es dringend einen Anstoß und eine Wende zum Besseren. In Berlin ist die Arbeitslosenzahl heute um 20 Prozent höher als im Juli 2022, in Brandenburg liegt sie um 12 Prozent höher. Zugleich geht die Zahl der Beschäftigten zurück. Das Umfeld für neue Arbeitsplätze ist derzeit alles andere als günstig: Die hohe Inflation bremst die Binnenwirtschaft. Die Exportwirtschaft leidet unter immer neuen Zolldebatten mit den USA, der gesunkenen Nachfrage aus China und dem Iran-Krieg.

*In **Berlin** bleibt die Arbeitslosenquote zweistellig und damit zu hoch. Trotzdem investieren die Unternehmen konsequent in den Nachwuchs. 5.600 Stellen für die duale Ausbildung sind laut Statistik noch unbesetzt, schätzungsweise sind es noch deutlich mehr, weil die Unternehmen nicht alle freien Plätze gemeldet haben.*

*In **Brandenburg** kommen Angebot und Nachfrage auf dem Jobmarkt weiterhin schwer zusammen. Das zeigt die hohe Zahl offener Stellen (rund 21.400), die deutlich über der Marke im viel größeren Berlin liegt (20.300). Auch bei der dualen Ausbildung ist noch vieles möglich: 5.000 Plätze sind noch zu haben. Bis zum Ausbildungsstart am 1. September gibt es in der Hauptstadtregion also noch viele Möglichkeiten.“*

Arbeitslosigkeit

Im Juli waren in der Hauptstadtregion 311.409 Menschen arbeitslos gemeldet – das sind rund 5.500 mehr als im Juni (+1,8 %) und rund 5.900 mehr als im Vorjahresmonat (+1,9 %). Der frühe Ferienbeginn sowie das typische Befristungs- und Kündigungsdatum 30. Juni prägen den saisonalen Anstieg; auch saisonbereinigt nimmt die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern zu.

- Berlin: 223.863 Arbeitslose (+3.428 zum Vormonat, +4.486 zum Vorjahr). Die Arbeitslosenquote liegt bei 10,4 % (+0,2 Prozentpunkte zum Vormonat, +0,1 Prozentpunkte zum Vorjahr).

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

- Brandenburg: 87.546 Arbeitslose (+2.105 zum Vormonat, +1.394 zum Vorjahr). Die Quote liegt bei 6,4 % (+0,1 Prozentpunkte zum Vormonat, +0,1 Prozentpunkte zum Vorjahr).

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt sich ein uneinheitliches Bild; das Vorjahresniveau wird in beiden Ländern weiterhin knapp unterschritten.

- Berlin: Im Mai 2026 waren rund 1.680.100 Personen beschäftigt – etwa 2.000 weniger als ein Jahr zuvor (–0,1 %). Zum Vormonat stieg die Beschäftigung um rund 1.800 Personen.
- Brandenburg: Die Beschäftigung lag im Mai 2026 bei rund 880.600 Personen und damit etwa 1.900 unter dem Vorjahresniveau (–0,2 %). Zum Vormonat sank sie um rund 700 Personen.

Stellenmarkt

Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt insgesamt stabil. In der Hauptstadtregion waren im Juli rund 41.700 gemeldete Stellen im Bestand – etwa 160 mehr als im Juni (+0,4 %) und rund 300 weniger als vor einem Jahr (–0,7 %). Der Rückgang der Stellenmeldungen in Brandenburg ist maßgeblich auf die überdurchschnittlich hohe Stellenmeldung des Vormonats durch die Neuansiedlung von CEVA Logistics in Frankfurt (Oder) zurückzuführen.

- Berlin: 20.290 offene Stellen (+313 zum Vormonat, –776 zum Vorjahr).
- Brandenburg: 21.384 offene Stellen (–152 zum Vormonat, +471 zum Vorjahr).

Bewegungen am Arbeitsmarkt

Im Juli meldeten sich in der Region 66.416 Personen neu arbeitslos, während 60.779 Personen ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten. Daraus ergibt sich ein positiver Saldo von rund 5.600 Personen, was den Anstieg der Arbeitslosigkeit im Juli erklärt.

Langzeitarbeitslosigkeit

Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt auf hohem Niveau. In der Hauptstadtregion waren im Juli 106.507 Personen länger als ein Jahr arbeitslos. Gegenüber dem Vormonat entspricht dies einem leichten Anstieg um rund 290 Personen (+0,3 %). Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Zuwachs um 5.000 Personen (+4,9 %). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit liegt damit bei 34,2 % und somit weiterhin bei gut einem Drittel.

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Thema im Fokus: Was die Wahl zum Abgeordnetenhaus für den Arbeitsmarkt bedeutet – ein Vergleich der Wahlprogramme

Was den Arbeitsmarkt kurzfristig bewegt, lässt sich Monat für Monat ablesen; worüber mittelfristig entschieden wird, steht in Berlin am 20. September zur Wahl. An diesem Tag bestimmt die Stadt ein neues Abgeordnetenhaus – und damit die politischen Weichen für Beschäftigung, Ausbildung und Fachkräftesicherung. Maßgeblich für die Unternehmen sind dabei nicht die tagespolitischen Kontroversen, sondern die konkreten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Vorhaben der Parteien. Der Vergleich der Programme von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ist erhellend, weil er offenlegt, wo die Positionen auseinanderreten – und in welchen Feldern die Wahl den Standort am spürbarsten prägen dürfte.

Das Gesamtbild fällt zweigeteilt aus. Auf der einen Seite stehen SPD, Grüne und Die Linke, die den Arbeitsmarkt stärker regulieren und den Gestaltungsanspruch des Landes ausweiten wollen – über Tarifbindung, Vergabekonditionen und öffentlich geförderte Beschäftigung. Dem stehen CDU und FDP gegenüber, deren Programme auf Entlastung, Bürokratieabbau und niedrigere Kosten zielen. Beide Lager sind in sich abgestuft – die Linke greift am weitesten aus, die SPD gibt sich am zurückhaltendsten, die FDP formuliert die weitreichendsten Entlastungen –, doch das Grundmuster durchzieht nahezu jedes Handlungsfeld.

Am schärfsten tritt der Gegensatz bei Tarifbindung und Vergaberecht hervor. Die SPD strebt eine Tarifbindung von 80 Prozent an, will die Landesförderung an sie knüpfen und Tariftreue wie Vergabemindestlohn konsequenter durchsetzen; die Grünen fordern einen Landesmindestlohn von mindestens 16,50 Euro, die Linke bindet Landes- und Vergabemindestlohn an die Eingangsstufe des Tarifvertrags der Länder (TV-L) und tritt entschieden für den Erhalt des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes ein. CDU und FDP verfolgen den umgekehrten Kurs: Sie wollen es abschaffen und durch das Vergaberecht des Bundes ersetzen. Am weitesten wagt sich die FDP vor – mit einer befristeten Sonderwirtschaftszone, in der nach einer Ermächtigung durch den Bund unter anderem vom Mindestlohn- und Arbeitszeitgesetz abgewichen werden dürfte, sowie mit einer Neuordnung des Streikrechts bei Infrastrukturunternehmen wie der BVG über verbindliche Schlichtung und Vorankündigungsfristen.

Ein Schlaglicht wirft die Ausbildungsplatzumlage, die den Standort bereits im Vorfeld beschäftigt hat. Auch hier folgt die Trennlinie den Lagern: SPD, Grüne und Die Linke wollen die beschlossene Umlage umsetzen oder ausbauen – die Linke bis zur vollständigen Erstattung der Ausbildungskosten –, während die CDU sie auf den Prüfstand stellt und die FDP das zugrunde liegende Gesetz ersatzlos streichen will, noch ehe die Auskunftspflichten 2028 greifen. Bemerkenswert bleibt, wie nah die Ziele einander gleichwohl sind: Die Stärkung der beruflichen Bildung eint nahezu alle Parteien – vom Azubi-Werk über bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende bis zur vollen Kostenübernahme für

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

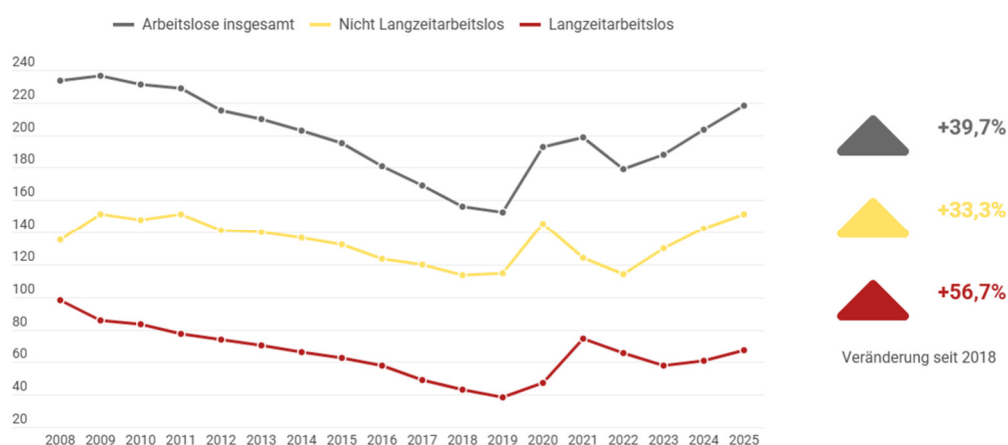
HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Meisterprüfungen bei CDU und FDP. Umstritten ist mithin nicht das Ziel, sondern der Weg.

Eng damit verwoben ist der Umgang mit Bürokratie und Kosten. CDU und FDP rücken den Abbau von Vorschriften ins Zentrum: Beide verlangen eine „One in, two out“-Regel, die FDP darüber hinaus ein umfassendes Bürokratienteilungsgesetz, einen Normenkontrollrat und die Ausweitung der Sonntagsöffnung. Die SPD hält dem einen dauerhaften Sozialpartnerdialog und Beauftragte für Gute Arbeit in allen Bezirken entgegen, während Grüne und Linke eher auf zusätzliche Nachweis- und Kontrollpflichten setzen – etwa bei der Arbeitszeiterfassung und im öffentlichen Auftragswesen.

Größere Nähe herrscht bei der Fachkräftesicherung. Über die Lagergrenzen hinweg wollen die Parteien Zuwanderung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtern und beschleunigen; allein die Akzente verschieben sich. CDU und FDP betonen die gezielte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte und deutlich raschere Verfahren – die FDP beziffert sie auf sechs Wochen bei vorliegendem Arbeitsvertrag –, wohingegen die Grünen die Erwerbspotenziale von Frauen und von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte betonen und eine Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an fordern. In einem Punkt treffen sich fast alle: Die Anerkennung – zumal in den Gesundheitsberufen – soll einfacher, schneller und bundesweit einheitlicher werden.



Auseinander streben die Konzepte wiederum bei der Langzeitarbeitslosigkeit. SPD und Linke setzen auf öffentlich geförderte, sozial ausgerichtete Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen; die CDU akzentuiert Aktivierung, Arbeitsgelegenheiten und konsequente Leistungskürzungen; die FDP wiederum will Zeitarbeit im Verbund mit Senat und Jobcentern als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt nutzen. Analog verhält es sich bei der Interessenvertretung: Die Grünen fordern eine verbindliche Arbeitnehmerkammer nach Bremer Vorbild, die SPD zunächst eine Machbarkeitsstudie, die Linke eine Prüfung ohne Schwächung bestehender Vertretungen – während CDU und FDP hierfür keinen Bedarf erkennen.

Bei aller Gegensätzlichkeit verbergen sich hinter den Programmen teils verwandte Grundmuster. In den Zielen liegen die Parteien enger beieinander, als

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

der politische Ton nahelegt: Fachkräftesicherung, mehr Ausbildung und eine leistungsfähige berufliche Bildung durchziehen sämtliche Programme. Der entscheidende Unterschied liegt nicht im Ob, sondern im Wie – und damit in den Instrumenten, die für die Unternehmen den Ausschlag geben: in der Höhe der Arbeitskosten, den Bedingungen bei Vergabe und Tarif, dem Schicksal der Ausbildungsplatzumlage und im Maß von Regulierung und Bürokratie.

Ein Blick voraus richtet sich auf den 20. September. Für die Wirtschaft entscheidet die Wahl weniger über die Richtung der Ziele als über die Bedingungen ihrer Verwirklichung – über Kosten und Investitionsklima, über Vergabe und Verwaltungsaufwand. Eben diese Bedingungen bestimmen mit darüber, ob der Arbeitsmarkt der Hauptstadtregion die zaghafte Erholung in einen tragfähigen Aufschwung überführt.

Über allem steht der Befund, dass die kommende Legislaturperiode wichtige Weichen für den Standort stellt. Für die Unternehmen lohnt daher der genaue Blick in die Programme – nicht auf die Schlagworte, sondern auf die Instrumente, mit denen die Parteien Beschäftigung, Ausbildung und Fachkräftesicherung tatsächlich voranzubringen gedenken.

Berliner Instrument	Die Linke	Grüne	SPD	CDU	FDP
BerlAVG (Vergabegesetz)	verteidigen	kein Bezug	stärken	abschaffen	abschaffen
Ausbildungsplatzumlage	volle Erstattung	solidarisch	umsetzen	Prüfstand	streichen
Landesmindestlohn	an TV-L koppeln	16,50 €	Vergabemindestlohn	kein Bezug	Abweichung
Arbeitnehmerkammer	prüfen (bedingt)	verbindlich	Machbarkeitsstudie	kein Bezug	kein Bezug

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de